Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
J. B.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 344. Halle a. d. Saale, **Montag den 26. Juli.** **1897.**

Eine Niederlage.

Das unselige Vereinsgesetz ist am Sonnabend vom Abgeordnetenhause abgelehnt worden: mit der knappen Mehrheit von 209 gegen 205 Stimmen fiel das „kleine Sozialistengesetz," und der neueste Kurs hat damit eine erste, aber entschiedene Niederlage zu verzeichnen.

Das Haus war sehr gut besetzt: Von den 432 Landtagsboten — ein Mandat ist zur Zeit erledigt — befanden sich bei der entscheidenden Abstimmung 414 am Platze. Die Tribünen waren dicht gedrängt voll, und an den Eingängen des Hauses staute sich eine zahlreiche Menschenmenge schon lange vor Beginn der Sitzung. Herr von der Recke, der Vater des Gesetzes, der die „Stimmung im Lande" so gut zu kennen glaubt, hätte sich hier leicht eine andere Meinung bilden können als diejenige, der er im Hause Ausdruck verlieh. Aus der starken allseitigen Betheiligung ergab sich die ganze Bedeutung der großen Aktion, die sich in dem alten Parlamentsgebäude am Dönhofsplatze vollzog — es handelte sich zugleich um die letzte parlamentarische Handlung des Landtags an dieser Stelle. Die Zahl der erschienenen Abgeordneten war noch größer als bei der frühern Abstimmung, bei der das Gesetz schon mit 206 gegen 193 Stimmen verworfen wurde. Alle Anstrengungen des Frhrn. v. Stumm und seiner großindustriellen Parteifreunde in Rheinland-Westfalen, alle Intriguen der hannöverschen Bündler hatten nur den winzigen Erfolg gehabt, daß der einzige Herr Schoof sich von seinen nationalliberalen Genossen trennte und für das Gesetz stimmte. Das ist mit das Erfreulichste, welches die neueste Aktion der Regierung gezeitigt hat: Die Nationalliberalen, die immer mehr zu einer Partei zu werden drohten, die mit der Regierung überallhin durch Dick und Dünn ging, die auf allen Zickzackwegen dem neuesten Kurse folgte, haben sich auf ihr besseres Selbst besonnen und den reaktionären Bevormundungsversuchen ein energisches Veto geboten. Und das geschah gegenüber einer Regierung, deren gegenwärtiger spiritus rector Herr v. Miquel ist, ein früherer nationalliberaler Führer! Das ist fürwahr eine seltsame Ironie.

Herr v. Miquel, der noch vor kurzem in Solingen von einer „Politik der Sammlung" gesprochen hatte, führte am Sonnabend dieses Thema aufs neue aus, ohne wesentliche neue Gesichtspunkte vorzuführen. Ein „Programm" enthielt auch diese Rede nicht, konnte sie auch gar nicht enthalten, wo es sich um eine Vorlage handelte, die auf nichts weniger als eine „Sammlung" im Sinne der Regierung hinwirken kann, sondern die nur „getrennt" hat. Aber Herr v. Miquel ergriff anscheinend das Wort mehr, um Herrn v. d. Recke in seiner Hilfleistigkeit beizuspringen, der in der einleitenden Rede nichts weniger als glücklich war und, dies augenscheinlich selbst empfindend, förmlich hilfeflehend nach seinem Kollegen am Ministertisch hinüberschaute. Zwar der Chorus der Rechten war mit lebhaften Beifallsäußerungen bei den Ministerreden, wie immer, am Platze; aber man kennt ja die Art, wie diese Beifallsstürme inszenirt werden, zur Genüge. Gegenüber dieser Mache erschienen die unwillkürlichen häufigen Heiterkeitsausbrüche der anderen Seite um so ungezwungener und natürlicher. Beide Reden Miquel's klangen fast elegisch: es schien ihnen von vornherein der Stempel aufgedrückt, als ob es sich um die Vertheidigung einer ohnehin verlorenen Sache handle.

Den mehr allgemeinen Redensarten der Minister und ihres Anhangs gegenüber hatten die Gegner der Vorlage leichtes Spiel. Namentlich Eugen Richter, der ursprünglich gar nicht als Redner auf der Liste stand, dann aber doch noch zur Widerlegung Miquel's das Wort ergriff, stellte die Inkonsequenz der heutigen Politik in die schärfste Beleuchtung. Mit Recht konnte er schließlich den Vorwurf gegen die Regierung erheben, daß sie es bei der nochmaligen Einbringung der Vorlage nur auf eine Spaltung der Nationalliberalen abgesehen habe und daß eine derartige, durchaus nicht schneidige Politik auch nicht geeignet sei, die Autorität der Regierung zu stärken.

Die Vorlage hat ihr Schicksal reichlich verdient. Die Regierung wird nach den Erfahrungen, die sie damit gemacht hat, kaum so bald wieder einen neuen Versuch ähnlicher Art machen, um reaktionären Gelüsten Ausdruck zu verleihen. Für sie ist jetzt Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit. Sollte sie trotzdem in Kürze mit ähnlichen Plänen hervortreten, so würde sie ihre Ansichten für spätere Zeiten nur noch mehr verschlechtern. Aber heutzutage ist ja, wie man leider mit einer gewissen Resignation zugeben muß, alles möglich; man darf den Männern, die an der Spitze stehen und die eine so schlechte Kenntniß von der Stimmung im ganzen Lande bekundet haben, auch das zutrauen, daß sie auf die begangene erste Unklugheit eine weitere und vielleicht noch größere folgen lassen.

Ob aber die Regierung den „Rath" Eugen Richter's oder die „Drohung" des Herrn v. Zedlitz, nämlich das Abgeordnetenhaus aufzulösen, noch zur That reifen läßt? Wir glauben auch das nicht: einen solchen Landtag, der sich ihr in allen anderen Dingen doch stets so gefügig gezeigt hat, bekommt sie nie wieder zusammen. Schon jetzt klingt es wie ein ernster mahnender Ton durch ganz Preußen: die Unzufriedenheit aller Schichten mit dem heutigen System macht sich immer unverhüllter Luft. Die Wahlen des kommenden Jahres aber werden, einem lauten Aufschrei gleich, den Empfindungen der aufs tiefste entrüsteten Volksseele den beredtesten Ausdruck geben. Es will ein Neues werden!

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 24. Juli. Nach einer telegraphischen Meldung aus Molde unternahm der Kaiser heute vormittag mit mehreren Offizieren einen Spaziergang an Land.

Prinz Heinrich von Preußen hat sich heute in Wilhelmshaven zum Besuche des Erbgroßherzogs von Oldenburg nach Rastede begeben.

— 25. Juli. Die Kaiserin begab sich heute vormittag in Tegernsee mit den Prinzen in die protestantische Kirche, wo vondem General-Superintendenten Dryander der Gottesdienst abgehalten wurde. Nach Beendigung desselben fuhr sie mit den Prinzen in das herzogliche Schloß, um der Herzogin Elisabeth, Tochter des Herzogs Karl Theodor, zu deren heute stattfindendem Geburtstag zu gratuliren.

Der Herzog und die Herzogin Karl Theodor in Bayern sind heute vormittag, aus Norwegen über Berlin kommend, in München eingetroffen und begaben sich nachmittags nach Tegernsee zurück.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird heute in Ischl vom Kaiser von Oesterreich empfangen werden und nimmt dann an der kaiserlichen Tafel theil. Abends kehrt der Fürst nach Alt-Aussee zurück.

Zur inneren Lage.

Nachdem es den Agrariern gelungen ist, die Herren v. Bötticher und v. Marschall aus ihren Aemtern zu beseitigen, scheint der Handelsminister Brefeld an die Reihe zu kommen, den erst am Freitag der Abg. Diedrich Hahn im Abgeordnetenhause scharf angriff. Die „Staatsbürgerzeitung", welche neuerdings nicht ohne Einfluß zu sein scheint, erhebt gegen ihn den Vorwurf, daß er kein Verständniß für die Noth des Handwerks besessen habe, und daß er im Abgeordnetenhause mit Verbeugung vor der Linken sich gegen die Vaterschaft des Börsengesetzes gewehrt und dessen Durchführung als eine undankbare Rolle bezeichnet habe. Am Freitag habe er behauptet, es sei zum Theil nicht durchführbar. Dadurch sei der Widerstand des Handels bestärkt, und nach der Meinung der „Staatsbürgerzeitung" stehe die Staatsregierung vor der entscheidenden Frage, ob Herr Brefeld nach seinem ganzen bisherigen Auftreten das Börsengesetz noch durchführen könne. Herr Miquel werde sich, um das bielefelder Programm durchzuführen, nach einem neuen Mitarbeiter umsehen müssen, der die Gefahren des unsoliden Handels für die Gesammtheit der Nation klarer erkenne und zu bekämpfen bereiter sei als Herr Brefeld. Wenn dies nicht geschehe, so verliere die „Staatsbürgerzeitung" alle Freude an der Entlassung von Bötticher und Marschall. — Die am Freitag von Miquel abgegebene schwächliche Erklärung gegenüber der Eingabe des Bundes der Landwirthe wird von der „Nat.-Ztg." sehr bedauert; das nationalliberale Blatt folgert daraus mit Recht, daß die Regierung weiter eine Politik des Geschehenlassens gegenüber der Agrardemagogie betreiben wolle.

Parlamentarisches.

* Die Ablehnung der Vereinsnovelle ist im Abgeordnetenhause mit 4 Stimmen erfolgt; sie hätte aber bei vollständiger Präsenz mit einer Mehrheit von 10 Stimmen erfolgen müssen. Inzwischen ist bekanntlich der nationalliberale Abg. Schoof auf die Gegenseite übergetreten. Der nationalliberale Abg. v. Sanden, in Tilsit von den Konservativen mit gewählt, war anwesend, enthielt sich aber der Abstimmung. Der Abgeordnete v. Benda hatte sich vor der Abstimmung, und zwar wohl irrthümlicherweise, entfernt. Aus dem Centrum fehlte Abg. Graf zu Hoensbroech, der früher anwesend gewesen war und gegen das Gesetz gestimmt hatte. Drei Mitglieder des Centrums, welche fehlten, hatten sich mit den Konservativen abgepaart. Im ganzen fehlten auf der rechten und linken Seite 18 Abgeordnete. Die Zusammensetzung der Mehrheit und Minderheit war, nach den Parteien betrachtet, so ziemlich dieselbe wie bei der Abstimmung vom 28. Mai. Von den damals fehlenden Abgeordneten waren diesmal erschienen und stimmten mit „Ja": die Abgg. Bänsch, v. Benin, v. Buddenbrock, v. Dohna, Engels, Gamp, Gerlich, v. Gilgenheim, Hahn, v. Jagow, Ring, Simon, v. Zastrow, v. Tepper, v. Werdeck, v. Willert. Ferner waren diesmal folgende Abgeordnete, die das vorige mal gefehlt haben, erschienen, um heute mit „Nein" zu stimmen: v. Eynern, Grütting, Meinecke, Olzem, Schulze, v. Strombeck, Virchow. Der nationalliberale Abg. Schoof, der am 28. Mai mit „Nein" gestimmt hatte, stimmte diesmal mit „Ja." Von den Abgeordneten, die am 28. Mai gestimmt haben, aber diesmal fehlten, stimmten damals mit „Ja" die Abgg. v. Elbe (verstorben), Haacke, Kreth und v. Lieres, mit „Nein" v. Benda, Brandenburg, Danzenberg und Durlach.

Parteinachrichten.

* Vor der Abendsitzung des Abgeordnetenhauses am Sonnabend hielt die nationalliberale Fraktion noch eine Sitzung ab. Nach Ablauf derselben erklärte die Fraktion dem Abg. Schoof, daß sie ihn nicht mehr als ihr Mitglied betrachten könne. Die schließlich zu diesem Schritte führenden Gründe bestehen einmal darin, daß Herr Schoof das von ihm durch seine Zustimmung zu der Hobrecht'schen Erklärung gegebene Wort nicht gehalten hat, als er für die Beschlüsse des Herrenhauses stimmte, welche mit den bereits einmal abgelehnten Zedlitz'schen Anträgen inhaltlich übereinstimmen. Sodann hat er eine Rede angehört, welche ihn selbst lobte, dagegen seine Fraktionsgenossen nicht nur, sondern auch seine speziellen Landsleute und Fachgenossen in der Partei auf das tiefste herabwürdigte, ohne trotz erhaltener Aufforderung dem entgegenzutreten. Angesichts dieser Thatsachen hielt die Fraktion einstimmig ein längeres Verbleiben des Herrn Schoof in ihrer Mitte für unmöglich. Infolgedessen ist Herrn Schoof folgendes Schreiben zugestellt worden:

Berlin, 24. Juli 1897.

Hochgeehrter Kollege!

Sie werden selbst das Gefühl haben, daß nach den Vorgängen des heutigen Tages Ihr längeres Verbleiben in unserer Mitte unmöglich geworden ist. Nachdem Sie ein freiwilliges Ausscheiden verweigert haben, bleibt uns nichts übrig, als Ihnen die Mittheilung zu machen, daß in der soeben veranstalteten Fraktionssitzung einstimmig der Beschluß gefaßt ist, Sie nicht mehr als Mitglied betrachten zu können.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses.
J. A.: v. Eynern.

Der letzte Beschluß der Fraktion war ein einstimmiges Dankesvotum für den Abg. Wallbrecht, der trotz des ihm zugestoßenen Schlüsselbeinbruches zur Abstimmung nach Berlin gekommen war.

* Die wiederholte Verhinderung einer liberalen Versammlung in Schlawe in Pommern durch den Bürgermeister und auf Veranlassung des Landraths hat sogar den Widerspruch der konservativen „Pomm. Reichspost" in Stettin wachgerufen. Das Blatt schreibt:

„Wir wissen wirklich nicht, welche Erfolge die betreffenden Herren von einem solchen Vorgehen, das nur Erbitterung erzeugt und die Betreffenden zu politischen Märtyrern stempelt, sich eigentlich versprechen. Sollten die betr. Amtspersonen etwa der konservativen Partei angehören, so thäte die letztere sehr gut daran, ausdrücklich ihre Mißbilligung über ein solches Verhalten auszusprechen, damit nicht, wie das schon vielfach geschieht, ihr selbst jene Fehler zur Last gelegt werden. Wir bitten die konservativen Zeitungen in der Provinz dringend, an ihrem Theil mit dazu beizutragen, daß Fehler, wie der in Schlawe begangene, nicht wieder vorkommen."

Die Maßregelungen, denen der Bauernverein „Nordost" in den Wahlkreisen Lauenburg, Bütow, Stolp, in Rummelsburg-Schlawe usw. seit Monaten ausgesetzt ist, haben bei den Konservativen im Abgeordnetenhause keinen Widerspruch erfahren. Als Abg. Rickert diese Dinge zur Sprache brachte, wurde er von den Konservativen verhöhnt. Der Minister des Innern versicherte, er habe den Beamten das Nöthige mitgetheilt, aber geändert hat sich deren Verhalten in keiner Weise. Wie soll also die konservative Presse der Provinz dazu kommen, den konservativen Landräthen und Bürgermeistern ihre Mißbilligung kund zu thun? Daß die Konservativen damit einen schweren Fehler begangen haben, werden sie voraussichtlich bei den nächsten Wahlen erfahren.

Volkswirthschaftliches.

* Dem Vernehmen nach werden gegenwärtig im Auftrage des preußischen Handelsministers seitens der Oberpräsidenten der an den Küsten gelegenen Provinzen Erhebungen veranstaltet, die sich auf den etwaigen Erlaß von Maßnahmen zur Hebung der Küstenschiffahrt beziehen. Dazu berichtet man offiziös:

Diese Erhebungen sind auf die Resolution zurückzuführen, welche der Reichstag beim Binnenschiffahrtsgesetz angenommen hat und in welcher der Reichskanzler ersucht wurde, dahin zu wirken, daß die deutsche Küstenfrachtschiffahrt gegen die erdrückende Konkurrenz der niederländischen, dänischen, schwedischen und norwegischen Flaggen möglichst geschützt werde. Die völkerrechtlichen Verhältnisse auf diesem Gebiete liegen so, daß die Befugniß zur Ausübung der Küstenfrachtschiffahrt an fremde Flaggen theils durch Vertrag eingeräumt ist, wie an Oesterreich-Ungarn und Rumänien, theils durch Kaiserliche Verordnung, wie an Belgien, Brasilien, Dänemark, Großbritannien, Schweden, Norwegen und die Niederlande. Etwa zu ergreifende Maßnahmen würden demgemäß verschiedene Gestalten annehmen müssen. Ob solche Maßnahmen zu treffen sind, das ist allerdings eine Frage, zu deren Beantwortung eben die Erhebungen eingeleitet worden sind. Die amtliche Statistik des Deutschen Reiches bis nahe der Mitte der neunziger Jahre bestätigt die Behauptung, daß die ungünstige Lage der deutschen Küstenschiffahrt auf den erhöhten Wettbewerb der dänischen, schwedischen, norwegischen und namentlich niederländischen Flagge zurückzuführen sei, nicht. Für die Entwickelung der niederländischen Flagge wäre danach schon seit 1889 ein Beharrungszustand zu konstatiren, während die Betheiligung der übrigen Flaggen an der deutschen Küstenschiffahrt der Zahl der Schiffe nach seit 1889 bedeutend zurückgegangen ist. Ob durch die jetzt veranstaltete Erhebung ein anderes Ergebniß für die letzten Jahre festgestellt wird, ist fraglich. Von seiten einzelner wirthschaftlicher, an der Küstenschiffahrt interessirter Vereinigungen sind bereits auf Grund von statistischem Material Gutachten dahin abgegeben, daß ein Zurückdrängen der deutschen Flagge im deutschen Küstenverkehr nicht eingetreten ist, daß der Verkehr derselben vielmehr an Umfang zugenommen hat und daß sich auch in der Betheiligung der deutschen Flagge an der Küstenfahrt Schwedens und Norwegens eine kleine Zunahme zeigt. Man wird jedoch natürlich den Abschluß der Erhebungen abwarten müssen, um ein zutreffendes Urtheil in dieser Frage zu gewinnen.

* Die Beseitigung der Kinderarbeit in den Fabriken ist in vielen Industriebezirken die Veranlassung gewesen, die Kinder in der Hausindustrie in höherem Maße als bisher zu verwenden. Dadurch wird der Jugend nicht allein die für sie nothwendige Bewegung im Freien beschränkt, sie muß auch des Abends spät noch bei schlechter künstlicher Beleuchtung arbeiten. Die daraus sich ergebenden Mißstände liegen auf der Hand. Infolgedessen ist die preußische Staatsregierung dieser Frage neuerdings ernstlich näher getreten, während in Bayern bereits amtlicherseits Erhebungen über den Umfang der Kinderarbeit in der Hausindustrie wie außerhalb des Hauses (als Lausbursche, Kellnerjunge, Kegeljunge, Hausirer rc.) angestellt werden. In Preußen werden auch die Provinzialverbände dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuwenden, und im nächsten Jahre wird der Allgemeine deutsche Lehrertag zu dieser Frage Stellung nehmen. Der geschäftsführende Ausschuß dieses Verbandes hat bereits Fragebogen versandt, deren Beantwortung so zeitig erfolgen soll, daß das dadurch gewonnene Material schon auf dem nächsten Verbandstage benutzt werden kann.

* Eine neue Verfügung betreffs Anlage von Bäckereien hat der Regierungs-Präsident in Lüneburg erlassen. Danach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18970726017/fragment/page=0001

müssen die Baugesuche für neu zu errichtende Bäckereien hinfort dem Gewerbe-Inspektor zur Begutachtung vorgelegt werden. Sie müssen den folgenden Anforderungen gerecht werden:

In Bezug auf die Betriebsräume: 1. Das Backhaus, die kalte und die warme Backstube dürfen nicht im Kellergeschoß angelegt werden. 2. Die Backräume müssen eine Minimalhöhe von 2,70 m haben. Für jeden Arbeiter ist ein Luftraum von 12 cbm erforderlich. 3. Jeder Betriebsraum muß Fenster enthalten, welche direkt ins Freie münden. Die Fensterflächen, deren Größe auf den Bauzeichnungen in qm anzugeben ist, müssen so bemessen werden, daß auf je 35 cbm Luftraum mindestens eine gänzlich zum Oeffnen eingerichtete Fensterfläche von 1 qm entfällt.

In Bezug auf die Schlafräume für Bäckereiarbeiter: 1. Die Schlafräume müssen mindestens 20 cm über dem Erdboden liegen, sie sollen Holzfußböden oder in Cement verlegte Stein-, Asphalt- oder Gipsfußböden erhalten und mit gut schließenden Thüren und Fenstern versehen sein. Für je 35 cbm Luftraum ist eine zu öffnende Fensterfläche von 1 qm erforderlich. Die Größe der Fensterfläche in Quadratmetern ist auf der Bauzeichnung anzugeben. 2. Haben die Schlafräume wagerechte Decken, so müssen sie mindestens 2,5 m hoch sein und es muß jedem darin untergebrachten Arbeiter ein Luftraum von mindestens 8 cbm gewährt werden. Befinden sich Schlafräume unter schrägen Dächern, so muß die mittlere Höhe mindestens 2 m betragen und für jeden Arbeiter ein Luftraum von 10 cbm vorhanden sein. Die Dachflächen müssen verschalt sein. Stehen in Schlafräumen die Betten übereinander, so ist in allen Fällen jedem Arbeiter ein Luftraum von 10 cbm zu gewähren. Jedes Bettgestell darf nur eine Lagerstätte enthalten. Das unmittelbare Hintereinanderbenutzen desselben Lagers durch verschiedene Arbeiter ist nicht gestattet. 4. Falls Schlafräume neben der warmen Backstube angelegt werden, muß die trennende Wand mindestens einen Stein stark sein.

* Ueber die Versicherungspflicht der mit höheren technischen Dienstleistungen betrauten Personen hat sich das Reichsversicherungsamt auf eine Eingabe des Deutschen Technikerverbandes dahin ausgesprochen, daß diese Personen nur dann als nicht versicherungspflichtig angesehen werden können, wenn sie mit einer ihrer Natur nach höheren geistigen — künstlerischen oder wissenschaftlichen — Thätigkeit beschäftigt werden und durch ihre soziale Stellung sich über den Personenkreis erheben, der nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch und vom Standpunkt wirthschaftlicher Auffassung dem Arbeiter- und niederen Betriebs-Beamtenstande angehört. Als maßgebend für die Beurtheilung der betr. Grenze zwischen höherer und niederer Arbeit sieht das Reichsversicherungsamt nicht die Art der Vorbildung an, welche die Persönlichkeit genossen hat, sondern lediglich die Art der von dieser geleisteten Arbeit, die sich im allgemeinen aus der Höhe des Entgeltes für dieselbe wird ermessen lassen. Es sollen daher diejenigen Beschäftigungen als untergeordnete angesehen werden, für welche ein Lohn oder Gehalt von weniger als 2000 M. jährlich gezahlt wird.

* Der Regierungspräsident von Aurich hat auf Antrag der kaufmännischen Deputirten und des Magistrats zu Emden genehmigt, daß nachstehende Bestimmung in die Emdener Kornbörsenordnung aufgenommen werde: „Für die Ueberwachung des Geschäfts an der Börse sowie zur Erörterung etwa vorhandener reformbedürftiger Usancen beim Getreidehandel wird eine Börsenkommission eingerichtet, zu der die Getreidehändler der Stadt Emden und der Ausschuß des landwirthschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland je drei Mitglieder stellen, und der ein von der kaufmännischen Deputation in Emden zu ernennendes siebentes Mitglied hinzutritt." Man hegt in Emden, wie es scheint, die Hoffnung, unter den Fittichen der landwirthschaftlichen Bevormundung von dem Eingehen der Organisation des Handels in Berlin Vortheile zu ziehen.

* Der Kaiser Wilhelm-Kanal muß vertieft werden. Wie sich immer mehr herausstellt, genügt der Kanal für wirklich große Kriegsschiffe in vielen Fällen noch durchaus nicht. Es wird deshalb, wie jetzt angekündigt wird, früher oder später die Frage von neuem zur Erörterung gelangen müssen, ob sich nicht durch eine weitere Vertiefung der Fahrrinne Schwierigkeiten beseitigen lassen, die besonders dann leicht in die Erscheinung treten, wenn auf dem Kanal gleichzeitig Kriegs- und Handels- oder Küstenfahrzeuge verkehren und einander auszuweichen gezwungen sind.

* Die verschiedensten wirthschaftlichen Vereinigungen sammeln jetzt schon Material für etwaige Aenderungen und Ergänzungen der Zollgesetzgebung und Zollsätze. U. a. hat jüngst der Deutsche Seefischereiverein alle in Betracht kommenden wirthschaftlichen Korporationen, welche Interesse an der Seefischerei haben, darüber befragt, welche Aenderungen sie für die letztere als nothwendig erachten.

* Wie die „Post" erfährt, ist man zur Zeit mit der Herstellung neuer Fünfzig-Markscheine beschäftigt. Sie sollen einen anderen bildnerischen Schmuck und eine andere Farbe als die jetzigen erhalten.

* Der Minister für Handel und Gewerbe hat den Handelskammern mitgetheilt, daß in Schweden für die dort geltenden Bestimmungen über die Besteuerung der fremden Handlungsreisenden in nächster Zeit Erleichterungen eintreten werden.

* Der Generalsekretär der ostpreußischen Landwirthschaftskammer Dr. Rodewald erklärte, daß er dem Oberpräsidenten angezeigt habe, da die Kaufmannschaft gegen seine Mitgliedschaft zum Börsenvorstand der königsberger Produktenbörse Einspruch erhoben, habe er sein Amt niedergelegt. Trotzdem sei er der Ueberzeugung, berechtigt zu sein, das in Rede stehende Amt zu bekleiden, habe also des Friedens wegen diesen Schritt gethan.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Einen recht charakteristischen Fall, der die Unhaltbarkeit der Theorie vom ambulanten Gerichtsstand der Preise schlagend erweist, können aus eigener Erfahrung die „B. N. N." verzeichnen. Eine Nummer dieser Zeitung, in deren Anzeigentheil eine Aufforderung zum Spiel in der bekanntlich staatlich genehmigten Lotterie zum Bau der Willibrordi-Kirche zu Wesel abgedruckt worden war, gerieth einem badischen Gendarm im Wirthshause einer kleinen Stadt des Großherzogthums in die Hände, und sein scharfes Auge erspähte mit divinatorischem Blick sofort jene Annonce. Da die Lotterie in Baden nicht genehmigt und das Spielen in Lotterien, die solcher Genehmigung ermangeln, dort verboten ist, so stellte der Beamte die Zeitungsnummer mit einer Anzeige der dortigen Staatsanwaltschaft zu und veranlaßte diese zur Erhebung einer Anklage. Das badische Gericht hat gegen den als verantwortlich für den Inseratentheil benannten Beamten der Expedition ein Verfahren eingeleitet, in dessen Verlauf er im Requisitionswege bereits von dem Berliner Richter vernommen worden ist. Man kann nun mit einiger Spannung abwarten, wie die Sache weiter verlaufen wird. Mit demselben Recht könnte in Preußen jeden Tag Anklage gegen jede braunschweigische oder sächsische Zeitung erhoben werden, die in ihrem Anzeigentheil die in Braunschweig und Sachsen bestehenden Landeslotterien, die in Preußen nicht zugelassen sind, ankündigt. Es genügt, daß ein von Leipzig kommender Reisender in Halle seine Zeitung im Waggon liegen läßt, um daraufhin gegen die letztere eine Anklage zu erheben! Wir dächten, daß ein derartiger Zustand, der einen Hohn auf die deutsche Einheit bildet und an die Zeiten des seligen Bundes erinnert, des Deutschen Reiches unwürdig ist und unbedingt Abschaffung verlangt. Hierzu kommt im vorliegenden Falle, daß nicht die Expedition „Verbreiterin der Zeitung" ist, sondern — die Reichspostverwaltung. Dieser werden die von ihr verlangten Tausende von Exemplaren täglich geliefert; wohin diese bestimmt sind, weiß nur die Post, die sogar jede Auskunft über die Verbreitungsorte amtlich verweigert.

* Dem Klub „Georg Wilhelm" zu Hildesheim wurde bei der letzten Langensalzafeier vom überwachenden Polizeibeamten verboten, das Lied: „Unserm Ernst August Heil!" zu singen. Auf die bei der Polizeidirektion eingereichte Beschwerde ist dem Vorsitzenden des Klubs „Georg Wilhelm" folgende, vom Polizeidirektor Dr. Gerland unterzeichnete Antwort zugegangen:

„Ich bin nicht in der Lage, Ihnen zu gestatten, das Lied: „Unserm Ernst August Heil!" zu singen. Dies der Nationalhymne nachgebildete Lied läßt die Deutung zu, als wenn Sie einen Landesherrn Ernst August hätten, dem Sie zu huldigen verpflichtet und berechtigt wären. So gern ich die pietätvolle Erinnerung an vergangene Zeiten anerkenne — und ich thue dies um so mehr, als ich selbst einer der einverleibten Provinzen angehöre — so kann ich doch keine Demonstrationen dulden, welche die schwersten Mißdeutungen und dadurch Verirrungen auf der Seite von Unterthanen Seiner Majestät unseres Kaisers und Königs hervorzurufen geeignet sind. Ich habe deshalb auch schon andere Lieder zu singen untersagt und muß bei dem hier von Ihnen angefochtenen Verbot gleichfalls beharren. Ueberhaupt kann ich dem Klub „Georg Wilhelm" nur ernstlich empfehlen, in seinen Aeußerungen sich sehr zu mäßigen, damit ich nicht gezwungen bin, Bestrafungen wegen der immer maßloser werdenden Agitationen herbeizuführen. Dr. Gerland."

* Durch die Presse gingen in jüngster Zeit Mittheilungen über den Inhalt einer auf das Remunerationswesen bezüglichen Verfügung, die für den Bereich der Justizverwaltung ergangen sein sollte. Demgegenüber wird nunmehr festgestellt, daß eine Verfügung des in den Zeitungen angegebenen Inhalts vom dem Justizminister nicht erlassen worden ist. Die thatsächlich ergangene Verfügung bezweckt lediglich, die von der Staatsregierung aufgestellten, von dem Finanzminister bei der Etatsberathung in der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses mitgetheilten und von dem Berichterstatter der Kommission in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Mai 1897 vorgetragenen neuen „Grundsätze über die Verwaltung der Fonds zu Remunerationen und Unterstützungen" im Bereiche der Justizverwaltung alsbald zur Durchführung zu bringen.

* Eine interessane Interpretation hat das Kammergericht dem § 246 des Strafgesetzbuchs, welcher von der Unterschlagung handelt, gegeben. In einem Falle, in welchem eine Frau wegen Unterschlagung zu Gefängniß verurtheilt worden war, hatte der Vertheidiger Revision eingelegt und dieselbe damit zu begründen versucht, daß das erkennende Gericht den § 246 des Strafgesetzbuchs zu Unrecht angewendet habe, insofern als nicht genügend festgestellt worden sei, ob die rechtswidrige Aneignung einer anvertrauten fremden beweglichen Sache in Wirklichkeit vorliege. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hat die Nichtigkeitsbeschwerde des Vertheidigers für begründet erachtet und ist den Ausführungen desselben beigetreten, indem es den Begriff der Unterschlagung dahin interpretirte: „In dem Verpfänden einer fremden Sache ist nicht unter allen Umständen eine rechtswidrige Zueignung zu erblicken. Vielmehr ist letztere ausgeschlossen, wenn die Verpfändung in der ernstlichen Absicht geschieht, die Sache wieder einzulösen, und in dem Bewußtsein, dazu jederzeit imstande zu sein." Da der Vorderrichter eine Feststellung nach dieser Richtung hin nicht getroffen hatte, wurde das Urtheil aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung in die Vorinstanz zurückverwiesen.

Kolonialangelegenheiten.

* Vom Bismarckarchipel berichtet man der „Nordd. Allg. Ztg." unter dem 1. Juni von einem Ueberfall der Eingeborenen auf eine Expedition der „Möwe" folgendes:

Am Berlin-Hafen im Kaiser Wilhelmsland wurde eine Vermessungsexpedition der „Möwe" von Eingeborenen angefallen. Letztere hatten sich erst freundlich gestellt und bei dem Tragen der Instrumente bereitwillig Hilfe geleistet; ganz unerwartet überfielen sie jedoch die kleine Abtheilung, der es indeß gelang, das Boot zu erreichen, leider erst, nachdem vier Matrosen verwundet worden waren. Lieutenant v. Restorff, der die Expedition führte, gelang es, durch mehrere gutgezielte Schüsse die Angreifer zu verjagen. Die Verwundeten, die mehrere Pfeilwunden erhalten haben, sind glücklicherweise außer Lebensgefahr. Nach diesem Vorfall hat die „Möwe" den verrätherischen Eingeborenen eine tüchtige Lektion verabfolgt, und es wird denselben wohl jetzt klar geworden sein, daß ein derartiges Auftreten gegen Weiße in Zukunft nicht rathsam ist.

Im August wird nun der „Falke" den Archipel anlaufen. Ferner sind in Neu-Mecklenburg und Buka Strafexpeditionen gegen Eingeborene geplant, welche Weiße erschlagen haben; der kaiserliche Richter Dr. Hahl, dem nur geringe Mittel zur Verfügung stehen, ist aber nicht imstande, diese Strafexpeditionen allein zu unternehmen, weshalb die Anwesenheit und Hilfe eines Kriegsschiffes dringend nothwendig erscheint.

* Wie die „Berliner Neuesten Nachrichten" vernehmen, ist der General-Direktor der Neu-Guinea-Compagnie auf Kaiser Wilhelms-Land, K. v. Hagen, von seinem Posten abberufen worden. Als sein Nachfolger ist Rechtsanwalt Stopnit, der früher in Stolp i. P. praktisch thätig war, ausersehen worden. Derselbe tritt am 27. ds. ab Genua die Ausreise an.

Schule und Kirche.

* Für die vom Staate unterstützten gewerblichen Fortbildungsschulen mit wöchentlich 4 bis 6 Unterrichtsstunden für jeden Schüler hat der Minister für Handel und Gewerbe „Vorschriften für die Aufstellung von Lehrplänen und das Lehrverfahren im Deutschen und Rechnen" erlassen. Die Regierungspräsidenten sind aufgefordert worden, nunmehr unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen für alle in Betracht kommenden Schulen neue Lehr- und Stundenpläne entwerfen zu lassen und sie dem Minister zur Genehmigung einzureichen. Abweichungen von den erlassenen Vorschriften sind insoweit gestattet, als dies durch die örtlichen Verhältnisse bedingt ist.

Ausland.

Die Friedensverhandlungen.

Der weitere Verlauf der Verhandlungen über die Friedenspräliminarien wird heute als befriedigend bezeichnet. In der Sitzung am Sonnabend legten die Botschafter einen Theil des Entwurfes des Friedensvertrages vor. Daran schloß sich eine Erörterung. Der übrige Entwurf wird in der am Montag stattfindenden Sitzung vorgelegt werden. Man hofft, daß die Verhandlungen im Laufe dieser Woche beendet werden. Auf der Pforte selber hüllt man sich über den Erfolg der Botschafter und das Nachgeben des Sultans in den Friedensverhandlungen in tiefes Schweigen. Es geht indeß aus verschiedenen Mittheilungen hervor, daß die Türkei mit ihren Ausflüchten noch lange nicht zu Ende ist; offenbar wollte man in Yildiz durch ein bedingtes Nachgeben lediglich die zur Zeit drohende stärkere Pression der Mächte hintenan halten. Das kaiserliche Irade ermächtigt die Pforte nur zum Friedensabschluß ohne Erwähnung der Bedingungen. Von dem Beginn der Räumung Thessaliens durch die Türken, von dem man in Athen bereits wissen wollte, ist in Konstantinopel nichts bekannt, es heißt vielmehr, daß Thessalien nicht eher aufgegeben werden soll, als bis ein der Pforte und dem türkischen Volke genügender Frieden abgeschlossen und ein befriedigender Zustand auf Kreta wiederhergestellt sei. Dem griechischerseits gemachten Vorschlage, die Gefangenen gegenseitig auszutauschen, will man türkischerseits nur dann näher treten, sobald die auf Kreta unrechtmäßigerweise vor der Kriegserklärung gefangen genommenen türkischen Soldaten, von denen seiner Zeit nur ein Theil in Freiheit gesetzt wurde, wieder zurückgeschickt werden.

Die Kutzowalachen Thessaliens ergehen sich fortgesetzt in Kundgebungen für das Verbleiben der türkischen Herrschaft im Lande; sie fürchten die Rache der zurückkehrenden Griechen für den Fall, daß die Distrikte des Pindus zurückgegeben werden. Eine bei Trikkala auftauchende Räuberbande, in der sich griechische Soldaten befinden, wurde aufgerieben.

Die Haltung Bulgariens und Serbiens, denen sich seit einigen Tagen auch Montenegro anschließt, ist, trotz der Ermahnungen, welche die Pforte diesen Staaten durch ihre Vertreter zugehen ließ, fortgesetzt beunruhigend. Es gewinnt den Anschein, daß eine Großmacht hinter diesen Balkanstaaten steht, um sie zur Anzettelung von Schwierigkeiten gegen die Türkei zu benutzen. Viel bemerkt werden der lebhafte Meinungsaustausch zwischen Belgrad, Sofia und Cettinje, sowie die kriegerischen Vorbereitungen, welche von dort her gemeldet werden. Die Pforte hat sich deshalb zu weiteren Truppenverschiebungen gegen die serbisch-montenegrinische Grenze entschlossen.

Auf Kreta werden die Zustände inzwischen immer unerfreulicher; es herrscht trotz (oder wegen?) der Besetzung durch die Großmächte vollkommene Anarchie. Die Gesammtlage wird als sehr ernst bezeichnet; Kreta gehe dem vollständigen Ruin entgegen. Unter der gesammten Bevölkerung herrsche große Angst und Besorgniß vor den kommenden Tagen. Inzwischen ist Dschevad Pascha daselbst angekommen und hat auch bereits den Besuch aller türkischen Behörden empfangen. Er stattete auch den Admiralen einen Besuch ab, welcher von denselben alsbald erwidert wurde. Die Konsuln erklärten übereinstimmend, sie seien davon unterrichtet worden, daß Dschevad Pascha als Truppencommandeur nach Kanea komme, daher habe er ihnen den ersten Besuch abzustatten. Sie würden einen solchen erwidern, jedoch nicht in Uniform, da sie sich weigern müßten, Dschevad Pascha in irgend einer anderen Eigenschaftan zuerkennen. — Tewfik Pascha ist nach Konstantinopel abgereist.

Frankreich.

Obwohl man noch weit von den Deputirtenwahlen im nächsten Frühjahr entfernt ist, beginnen jetzt bereits die Wahlrüstungen in den verschiedenen Parteien. Die Gemäßigten ließen schon vor einiger Zeit manches über ihr Programm und ihre Organisation verlauten. Jetzt sind es die Radikalen, die ein Manifest erlassen, worin sie Näheres über den Wahlfeldzug kundgeben. Zu Beginn des Manifestes richten sie sich, wie begreiflich, gegen die Fehler des jetzigen Ministeriums. Dann treten sie für die Einführung der allgemeinen Einkommensteuer ein und erachten es für die erste Pflicht der Republikaner, in der Kammer eine Mehrheit zu erstreben, die weiß, was sie will, und fähig ist, ihren Willen durchzusetzen. Das Manifest ist von dem früheren Ministerpräsidenten Goblet, dem ehemaligen Minister Mesureux und dem Deputirten des Aude-Departements, Dujardin-Beaumes, unterzeichnet.

Die Panama-Komission verhörte am Sonnabend Marcel Habert wegen seiner Aeußerung, daß ein Abgesandter des Ministeriums des Aeußeren sich nach Bournemouth begeben habe, von der Rochefort der Kommission Mittheilung machte. Habert erklärte, er habe dieser Nachricht, die er von einer anderen Person erhalten habe, welche eine einfache Vermuthung auszusprechen schien, keine Wichtigkeit beigelegt. Die Kommission sandte ferner eine Abordnung an den Justizminister, um ihn um die Mittheilung gewisser Aktenstücke, namentlich solcher betreffend Cornelius Herz, zu bitten. Da der Justizminister entgegnete, diese Aktenstücke seien nicht in seinen Händen, richtete die Kommission ein Protestschreiben an ihn und vertagte sich sodann bis auf eine Woche vor dem Wiederzusammentritt der Kammer.

Die Budget-Kommission nahm das Budget des Ministeriums des Unterrichts an und vertagte sich bis zum 1. Okt. Bei der Berathung des Marine-Budgets nahm die Kommission eine Resolution an, die Regierung aufzufordern, ihre Vorschläge über die Erneuerung der Flotte in der Weise abzuändern, daß diese Erneuerung innerhalb dreier Jahre gesichert sei.

Oesterreich-Ungarn.

In Ungarn ist im Kampfe der Parteien ein Stillstand eingetreten, insofern als neue Versuche gemacht werden, einen Ausgleich herbeizuführen, der die Klotüre und sonstige Maßregelungen überflüssig mache. Auch Banffy ist diesen Vorschlägen geneigt und anscheinend bereit, sie vor der Krone zu vertreten. Die Regierung und die Mehrheit sind mit diesen neuen Verhandlungen bis an die äußerste Grenze der Versöhnlichkeit gegangen, um offenbar zu machen, daß wenn alle Bemühungen scheitern sollten, dies lediglich der Opposition zuzuschreiben sei. Die Entscheidung dürfte Dienstag oder Mittwoch fallen; die größte Wahrscheinlichkeit spricht für eine friedliche Lösung.

Graf Goluchowski ist am Sonntag vormittag in Paris eingetroffen; am nachmittag machte er Hanotaux einen Höflichkeitsbesuch.

Das zu Reichenbach in Böhmen gestern abgehaltene deutsche Kreisturnfest verlief ohne störenden Zwischenfall. Nachmittags fand bei schönem Wetter unter Betheiligung der Reichenberger Stadtvertretung und von Abgeordneten des Reichsraths und des Landtags, sowie von Radfahrvereinen ein Festzug der etwa 180 Turnvereine statt. Derselbe bewegte sich unter stürmischen Zurufen der äußerst zahlreich zusammengeströmten Bevölkerung durch die Hauptstraßen zum Festplatze.

Aus Ischl wird vom Sonntag gemeldet: Heute früh traf hier der ungarische Ministerpräsident Baron Banffy ein; er wurde mittags vom Kaiser Franz Josef empfangen und kehrte am Abend nach Budapest zurück. Auch der deutsche Reichskanzler Fürst Hohenlohe traf aus Alt-Aussee ein.

Der österreichische große Sozialisten-Prozeß in Mitrovic endete mit der Verurtheilung von 30 Angeklagten wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe zu schwerem Kerker von drei bis achtzehn Monaten, darunter Redacteur Lapoch des „Sloboda" zu acht Monaten und Krankenkassendirektor Angel zu einem Jahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18970726017/fragment/page=0002

Italien.

Wie die „Agenzia Stefani" aus Aden meldet, ist Nerazzini mit den Lieutenants Vannutelli und Citerni dort angekommen und reist am 28. d. nach Italien weiter. Vannutelli und Citerni sind die einzigen Ueberlebenden der Expedition Bottego. Die wissenschaftlichen Schriftstücke der Expedition sind gerettet.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer nahm am Sonnabend bei der Berathung der Vorlage über die Reorganisation der Bürgergarde den ersten Artikel der Regierungsvorlage an, wonach die Bürgergarde damit beauftragt wird, für die Aufrechthaltung der Ordnung und Gesetze unter Bewahrung der Unabhängigkeit des Landes zu wachen. Ebenso wurde Artikel 2 der Vorlage angenommen, welcher die Bürgergarde dem Ministerium des Innern unterstellt.

Der Eisenbahnminister van den Peerenboom erklärte, er werde allmälig die Personenwagen erster Klasse abschaffen, weil dieselben ungeheure Kosten beanspruchen und fast nie benutzt werden.

Auf dem Brüsseler Kongreß zur Beschaffung billiger Arbeiterwohnungen wurde die Frage erörtert, ob die öffentlichen Behörden dem Erbauen und Vermiethen billiger Wohnhäuser Vorschub leisten oder solches völlig privater Initiative überlassen sollen. Der sozialistische Abgeordnete Denis theilte mit, daß in der Stadt Brüssel von 100 Arbeiterfamilien 59 ein einziges Zimmer bewohnen; in den Vorstädten stellt sich das Verhältniß wie 100 zu 44. Daher herrscht große Sterblichkeit unter diesen Familien. Weitere interessante Mittheilungen machte der englische Abgeordnete Drage, der nachwies, daß die englischen Gesellschaften zur Errichtung von billigen Wohnhäusern bereits über ein Kapital von 5,000,000 Lstrl. verfügten. Der Direktor der Sparbank von Marseille Rostand führte Beispiele vieler deutscher Städte an, welche dem genannten edlen Zwecke durch außerordentliche Konzessionen gerecht werden, und daß viele französische Städte diesem Beispiele bereits gefolgt sind.

Nach einem amtlichen Telegramm vom 21. d., welches über San Thomé in Brüssel eingegangen ist, hat Major Henri auf der Verfolgung der aufständischen Batetelas Kilongalonga wiedergenommen. Die Aufständischen stehen noch im Semliki-Thale an der Ostgrenze des Kongostaates.

Holland.

Folgende Zusammensetzung des Kabinets wird jetzt als gesichert angenommen: Der frühere Minister Pierson, der das Kabinet bildet, Finanzen; Deputirter Debeaufort Auswärtiges; Professor van der Linden Justiz; Deputirter Borgesius Inneres; der frühere Minister Jansen Marine; General Eland Krieg; der frühere Minister Lely Watenstaat Handel; Deputirter Cremer Kolonien.

Spanien.

Der madrider „Imparcial" veröffentlicht einen Bericht aus Manila, dem zufolge der Aufstand in der Provinz Cavite fortdauert. Eine spanische Truppenabtheilung sei in den Bergen von San Mateo überfallen worden und habe 200 Mann verloren. Die Aufständischen nähmen ihre Zuflucht zum Guerillakrieg.

Die Aufständischen auf Kuba warfen am Sonntag eine Dynamitbombe gegen einen zum Schutze der Eisenbahn Nuevitas—Puertoprincipe errichteten kleinen militärischen Posten. Zwei Soldaten wurden getödtet.

Rußland.

Der „Nowoje Wremja" zufolge hat der Staat in Sewastopol eine Schiffswerft für den Preis von 1,900,000 Rubel angekauft.

In vergangener Woche haben in Warschau zahlreiche Verhaftungen durch die russische Polizei stattgefunden; unter den Verhafteten befinden sich einige bekannte Industrielle deutscher Abstammung, wie Brüder Bensisch und Bierbrauer Young. Die Ursache der Verhaftungen ist der angebliche Verdacht geheimer Umtriebe.

Serbien.

Die außerordentliche Tagung der Skupschtina wurde am Sonnabend durch einen königlichen Ukas geschlossen.

Nordamerika.

Nachdem am Sonnabend der Senat mit 40 gegen 30 Stimmen den Bericht der Konferenz über die Tarifbill angenommen hatte, unterzeichnete Präsident Mac Kinley die Bill. Dieselbe hat somit Gesetzeskraft erlangt. Ferner richtete der Präsident an den Kongreß eine Botschaft, in der er die Ernennung einer Kommission, welche Reformen des Münzwesens erwägen solle, empfiehlt. Der Kongreß vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Infolge der Vertagung ist im Senat die Beschlußfassung über die Resolution unterblieben, welche den Präsidenten ermächtigt, eine Kommission zur Untersuchung der Bank- und Papiergeldfrage zu ernennen.

Südafrika

Der Volksraad in Transvaal beschloß, in diesem Jahre nicht die übliche geheime Tagung zur Bewilligung der geheimen Staatsausgaben abzuhalten.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

p. Göttingen, 25. Juli. Der älteste Dozent in unserer theologischen Fakultät, Ober-Konsistorialrath D. Wiesinger, beging gestern sein 50jähriges Licentiaten-Jubiläum. Dem Jubilar, der jetzt 37 Jahre an unserer Universität thätig ist und trotz seines hohen Alters von 79 Jahren noch immer in körperlicher und geistiger Frische seinem Berufe nachgeht, wurden von seinen zahlreichen hiesigen und auswärtigen Freunden und Schülern Glückwünsche dargebracht. Im Namen der Universität gratulirte der Prorektor, und als Vertreter des Landes-Konsistoriums war der Ober-Konsistorialrath Guden aus Hannover erschienen. Am Nachmittag fand zu Ehren des Jubilars ein Essen statt.

* Göttingen, 24. Juli. Von hiesiger Universität wurde der Oberbürgermeister Pockels zu Braunschweig in Anerkennung seiner Verdienste bei der Neuordnung des Kirchwesens der Stadt Braunschweig zum Ehrendoktor beider Rechte ernannt.

* Zürich, 23. Juli. Prof. Dr. Georg Ruge in Amsterdam wurde zum ordentlichen Professor der Anatomie und Direktor des anatomischen Instituts an der Universität Zürich ernannt.

Gerichtsverhandlungen.

Berlin, 24. Juli. [Ein Anarchistenprozeß] beschäftigte am Sonnabend die Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Angeklagt war der Buchbinder Friedrich Wilhelm Dempwolff der als Anarchist und Agitator bekannt ist. Die Anklage lautete ursprünglich auf Hochverrath, das Reichsgericht hielt aber nur Aufreizung im Sinne § 130 Str.-G.-B. für vorliegend und verwies die Sache zur Verhandlung an das berliner Landgericht. Der Angeklagte bekannte sich aus Ueberzeugung zum Anarchismus. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er denn auch Anhänger der Propaganda der That sei, verweigerte der Angeklagte die Antwort. Er erklärte, daß er von den Behörden überall ausgewiesen worden sei, nicht nur aus verschiedenen deutschen Städten, sondern auch aus Oesterreich, Italien und der Schweiz. Am 6. April hielt der Angeklagte in einer Versammlung in der Naunynstraße 27 eine Rede, in welcher er gegen die stattgehabte Centenarfeier eiferte und die Regierung Kaiser Wilhelm's I. in heftigster Weise angriff. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

* Magdeburg, 22. Juli. [Zu Fabrikpreisen.] Die Inhaber der hiesigen Schuhwarenhandlung von Konrad Tack & Co., Kaufleute W. Krojanke und A. Zweig, hatten sich wegen unlauteren Wettbewerbs zu verantworten. Die Angeklagten offerirten sowohl in Annoncen als auch durch ein nach außen hin an ihrem Laden angebrachtes Schild ihre Waaren „zu Fabrikpreisen." Gleichzeitig war die Bezeichnung „Fabrikpreis" jedem Artikel durch einen Stempel aufgedrückt. Es sollte hiermit der Anschein erweckt werden, als verkauften Konrad Tack & Co. ihre sämmtlichen Schuhwaaren nur zu Fabrikpreisen. Da aber bekannt war, daß sie Schuhwaaren eben so wie alle anderen Schuhgeschäfte von anderen Fabriken bezogen und auf diese Waaren selbstverständlich einen entsprechenden Nutzen aufschlugen, stellten verschiedene hiesige Schuhhändler Strafantrag gegen die Genannten wegen unlauteren Wettbewerbs. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der behaupteten Thatsachen, insbesondere wurde festgestellt, daß die Bezeichnung „zu Fabrikpreisen" fälschlich gebraucht war und auf eine Täuschung des kaufenden Publikums abzielte. Der Gerichtshof strafte die beiden Inhaber von Konrad Tack & Co. mit je 150 M. Geldstrafe unter Auferlegung sämmtlicher Kosten.

Philippopel, 24. Juli. [Prozeß Boitschew.] Durch Zeugenaussagen wird festgestellt, daß Boitschew 3 oder 4 Tage vor dem Morde Novelic besuchte, wobei auch Wassiliew zugegen war. Der Eigenthümer des Wagens, den die Mörder gemiethet haben, sagt aus, Novelic habe einen Wagen ohne Kutscher für eine geheime Polizeiangelegenheit verlangt. Zwei Fischer theilen mit, Novelic und Wassiliew hätten am Tage des Mordes den Ort des Verbrechens besucht. Zeuge Plazzato bestätigt, er habe auf Verlangen des Novelic an seinen Vater in Wien zwei Depeschen gesandt, in welchen er denselben aufforderte, nach Philippopel und Sofia zu telegraphiren, daß Briefe an Anna Simon nach Wien postlagernd zu senden seien. Das Ehepaar Kanzierski macht die Aussage, daß Boitschew in der kritischen Zeit bei ihnen gespeist habe. (Mit der Wahrheit dieser offenbar sehr unzuverlässigen Aussage wäre ein Alibibeweis erbracht.) Der Palastbeamte Ayradliew giebt an, in der Woche, wo der Mord geschah, seien die Diners im Palast um 9 Uhr zu Ende gewesen. Der Vater der Anna Simon, Peter Simon, macht dieselbe Aussage, wie sie in der Anklageschrift enthalten ist. Der Vertheidiger Popow greift die Ehre der Ermordeten an und will, daß der Vater zugebe, seine Tochter habe leichtfertig gelebt. Der Vertreter der minderjährigen Eugenie Simon, Advokat Genadiew, ruft: „Ihr habt getödtet, beleidigt nicht obendrein." Großer Tumult. Das Zeugenverhör wird hierauf geschlossen. Am Montag beginnen die Plaidoyers und erfolgt auch wahrscheinlich der Urtheilsspruch.

Provinzialnachrichten.

* Magdeburg, 24. Juli. [Eine sinnige Wette] mußte der Klotzmacher B. in der Alten Neustadt mit dem Tode bezahlen. Er verpflichtete sich, innerhalb einer Stunde 40 Schnitt Bier auszutrinken. Nach dem 31. Glase fiel B. besinnungslos vom Stuhl und mußte nach dem Neustädter Krankenhaus geschafft werden, wo ein Schlaganfall dem Leben des sonst nüchternen, fleißigen Mannes ein Ende setzte.

□ Quedlinburg, 22. Juli. [Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen] ist vor einigen Tagen hier begangen worden. Ein junges Dienstmädchen wurde nachts 1 Uhr unter der Vorspiegelung, man wolle es mit zu einem Tanzlokale nehmen, da die Wohnung seiner Herrschaft verschlossen sei, an eine entlegene Stelle gelockt und hier von drei Personen, einem Arbeiter und zwei verheiratheten Männern, vergewaltigt und übel zugerichtet. Auf das Hilfegeschrei des Mädchens kam ein Nachtschutzmann herbei, worauf die Thäter die Flucht ergriffen. Zwei derselben sind erkannt und anderen Morgens in Haft genommen worden. Der dritte, der Unverheirathete, blieb verschwunden. Die Furcht vor der in Aussicht stehenden Strafe hat ihn zu dem Entschluß gebracht, sich das Leben zu nehmen. In einem an seine Eltern gerichteten Briefe schrieb er, daß man ihn nur als Leiche wiederfinden würde. Er hat seinen Entschluß ausgeführt und sich ertränkt. Gestern ist er als Leiche aus der Bode gezogen worden. Ein Fischer fand die Leiche in seinen Netzen hängend.

St. Vom Brocken, 24. Juli. [Fernsicht.] Während noch am Mittwoch mittag nach der Auflösung des vorher die Ebene bedeckenden Wolkenmeeres ein dichter Dunstschleier über Ebene und Gebirge gebreitet war, eröffnete sich in den späteren Nachmittagsstunden, wenigstens auf der Leeseite des Gebirges, im Osten, allmälig eine Fernsicht von seltener Schönheit: dort erblickte man vollkommen deutlich mit bloßem Auge das Hexentanzplatz-Gasthaus, das Ballenstedter Schloß und die Thürme von Quedlinburg; im Westen dagegen blieb es andauernd so trübe, daß man z. B. Clausthal kaum zu erkennen vermochte. — Später machte sich der Einfluß einer Depression geltend, welche in den letzten Tagen das nördliche Mitteleuropa bedeckte; schon am Mittwoch abend bildeten sich in den unteren Schichten der Atmosphäre Wolken, welche die Brockenkuppe bis zum heutigen Abend, also nahezu 72 Stunden, fast ununterbrochen eingehüllt haben; nur einmal, am Donnerstag kurz nach Sonnenuntergang, wurde die Kuppe auf eine Viertelstunde nebelfrei; in dieser kurzen Zeit bot sich ein Anblick von seltener Schönheit, welcher die auf dem Brocken weilenden Fremden für die sonstige Ungunst der Witterung reichlich entschädigte: die Brockenkuppe umwogten mächtige Nebelwolken, welche auch die niedrigeren Vorberge bedeckten und in den das eigentliche Brockenmassiv umgebenden Thälern stellenweise pfeilschnell dahinströmten; oberhalb der Brockenkuppe aber lag eine zweite, mäßig hohe, geschlossene Wolkendecke. Im Laufe des Tages gingen wiederholt starke Regenschauer nieder, gestern fiel Regen fast ununterbrochen bis in die Nacht, im Laufe von 24 Stunden nicht weniger als 26 mm. Der Wind — am Donnerstag und Freitag beständig aus Westsüdwest wehend — wuchs am letzteren Tage mittags zu einer Geschwindigkeit von 25 Metern in der Sekunde an, so daß die Regentropfen auf der Haut eine geradezu schmerzhafte Empfindung hervorriefen. Heute macht sich die Einwirkung eines Hochdruckgebietes bemerklich, welches sich von Südosten her ausbreitet: bei anhaltend steigendem Barometer ist der Wind, nach Nordwest drehend, erheblich abgeflaut, der Nebel, der tagsüber noch sehr dicht war, hat sich am Abend gelichtet; nur ein gewaltiges Wolkenmeer bedeckt noch das Vorland im Nordwesten und Westen bis unmittelbar zum Brocken.

K. Erfurt, 25. Juli. [Aus dem Polizei-Eldorado.] Gestern wurde im hiesigen Cirkus Jansky die erste Vorstellung gegeben. Nach Schluß derselben fanden sich zahlreiche Damen und Herren in dem am Cirkus angebauten Restaurant des Gastwirthes Braun aus Chemnitz ein. Plötzlich trat ein Polizeisergeant ein und forderte den Wirth auf, binnen zehn Minuten das Restaurant zu schließen, da die Konzession sich nur auf die Zeit der Vorstellung erstrecke. Es kam zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen, bis schließlich ein Wachtmeister das Restaurant schloß.

K. Erfurt, 25. Juli. [Wassermangel. — Kampf wegen eines Radfahrers.] In recht großer Verlegenheit befinden sich gegenwärtig die Einwohner des Dorfes Schellroda bei Erfurt. Seit 10 Tagen giebt die vom Walde aus angelegte Leitung keinen Tropfen Wasser. Die Teiche, welche wenigstens Wasser für das Vieh liefern, werden bald ausgeschöpft sein. Dann sind die Einwohner gezwungen, das nöthige Wasser aus den Fluren Klettbachs und Windischholzhausens herbeizufahren. — An einem der letzten Tage entstand auf der Chaussee zu Gispersleben-Kiliani bei Erfurt eine große Prügelei. Ein Erfurter hatte einem jungen Gispersleber Radfahrer den Stock zwischen die Radspeichen gesteckt und den Radler zu Falle gebracht. Einige Ortsbewohner läuteten den Frevler durch. Darauf rückten die Erfurter in der Uebermacht an. Das Messer wurde gezogen und mehrere Verwundungen kamen vor. Die Rauferei wird ein Nachspiel vor Gericht haben.

* Erfurt, 25. Juli. [Der Aufgang der Jagd] beginnt im Bereiche des Regierungsbezirks Erfurt a) auf Rebhühner und Wachteln mit dem 23. August, b) auf Auer-, Birk- und Fasanenhennen, Haselwild und Hasen mit dem 15. September.

* Eilenburg, 23. Juli. [Die Wehemutter auf dem Zweirad.] Eine hiesige Hebamme besucht jetzt per Fahrrad ihre Stadtkundschaft. Ihr Rad vor einem Hause ist jetzt ein untrügliches Zeichen von Freund Langbeins Nähe.

** Jessen, 25. Juli. [Entmenschte Mutter.] Der unter dieser Spitzmarke mitgetheilte Vorgang in Hemsendorf stellt sich nunmehr, nach den amtlichen Ermittelungen wesentlich anders dar. Es handelt sich um eine Frühgeburt. Das bedauernswerthe Mädchen, eine Polin, kam hinter einem Zaun zur Unzeit mit Zwillingen nieder, von denen der eine während der Geburt, der andere bald danach an Ort und Stelle starb. Die Thatsache, daß neben der Kindesleiche ein mit Blut behudelter Knüttel lag, hat zu dem Gerücht von der gewaltsamen Ermordung Veranlassung gegeben.

— [Ordensverleihungen.] Den praktischen Aerzten Dr. med. Hoelzer in Freyburg a. U. und Dr. med. Moeller in Magdeburg ist der Charakter als Sanitätsrath verliehen.

---

* Koburg, 23. Juli. [Ueberfallen.] Eine auswärtige Lehrerin, die eine Tour per Rad machte, wurde abends zwischen 9 und 9½ Uhr zwischen Neustadt und Mönchröden von drei Strolchen angefallen, vom Rade gerissen und vergewaltigt. Nur mit Mühe konnte sich die unglückliche Dame nach Mönchröden schleppen.

* Jena, 23. Juli. [Wer ist die Fremde?] Gestern abend gegen 10 Uhr wurde hier ein Mädchen im ungefähren Alter von 18 Jahren aufgegriffen, welches sich, barfuß und mangelhaft bekleidet, auf der Straße umhertrieb. Auf der Polizeiwache stellte es sich heraus, daß das Mädchen geistesgestört war; sie konnte weder über Heimath noch Angehörige etwas angeben; nur auf die Frage, wie sie heiße, antwortete sie „Meta." Nachrichten über die Aufgegriffene werden dem Polizeiamt hier willkommen sein, um das Mädchen ihren Angehörigen wieder zuführen zu können.

* Ayolda, 24. Juli. [Fabrikinspektorin.] Die im Landtage ausgesprochenen Wünsche hinsichtlich Anstellung eines weiblichen Fabrikinspektors haben jetzt insofern Erfüllung gefunden, als die Fabrikantenwittwe Frau Roensch hier mit dem Amt einer Fabrikinspektorin beauftragt worden ist. Sie ist auch bereits in Thätigkeit getreten.

* Hildesheim, 25. Juli. [Niedergebrannt.] In der vergangenen Nacht brannte hier die Kontinental-Präservenfabrik Warnecke & Co. nieder; nur das Maschinenhaus konnte gerettet werden.

* Gotha, 25. Juli. [Großfeuer.] Gestern abend 7½ Uhr verkündeten die Sturmglocken und die militärischen Feuersignale eignen in der Stadt ausgebrochenen Brand. Alsbald war die gesammte Feuerwehr und zahlreiches Militär am Brandplatz und gelang es bald, des Feuers Herr zu werden und es auf seinen Herd zu beschränken. Das Feuer war in dem zum „Sächsischen Hof" gehörigen, nach der Mönchelsstraße zu gelegenen Stadel, worin sich früher eine Kohlenhandlung befand, ausgekommen und brannte dieses bis auf die massiven Mauern aus.

△ Dessau, 24. Juli. [Schmuck für das Mausoleum.] Das Wappenthier der Askanier, der Bär, soll vor dem Mausoleum zu beiden Seiten der Rampe auf einem Basaltsockel in monumentaler Ausführung Aufstellung finden. Nach der engeren Konkurrenz sind vom Herzog Prof. Calandrelli in Berlin und Bildhauer Friedrich Hüllwerk in Karlsruhe mit Aufträgen betraut worden.

* Aus dem Königreich Sachsen, 24. Juli. [Exotisches Fieber. — Aus Gram. — Kirchenzucht.] Ein Opfer des Schwarzwasserfiebers, das er sich in Kamerun zugezogen hat, ist der Unterlieutenant z. S. Voigt geworden. Er starb an den Folgen der Krankheit, während er in Chemnitz auf Urlaub bei seinen Eltern weilte. — Gestern hat sich der Privatier Karl H. in Teichwolframsdorf im Alter von 81 Jahren entleibt, aus Gram über den Tod seiner zweiten Frau, welche er selbst als Pflegekind vom zweiten Jahre an aufgezogen hatte. Hinlebte in recht guten Verhältnissen. — Elf Frauen in Roßwein wurden seitens der königl. Kirchen-Inspektion die kirchlichen Ehrenrechte aberkannt, weil erstere die kirchliche Trauung bezw. die Taufe ihrer Kinder verweigert haben.

S. Leipzig, 24. Juli. [Sozialdemokraten als Arbeitgeber. — Neubau. — Ehelicher Zwist.] Zu dem Kapitel: „Sozialdemokraten als Arbeitgeber" lieferten bewegliche Klagen einiger in der hiesigen sozialdemokratischen Buchdruckerei beschäftigten Maschinenmeister einen so drastischen Beitrag, daß die Versammelten ihre Mißbilligung aussprachen mit der Resolution, das Benehmen der Leiter dieser Druckerei sei „provenhafter, als das jeden anderen Unternehmers." — Nach den Angaben des Herrn Prof. Oswald wird jetzt ein neues 73 m langes Gebäude für die physikalischen und chemischen Laboratorien und Auditorien errichtet, welches bereits am 1. Oktober in Benutzung genommen werden soll. — Ehelicher Zwist veranlaßte die 45jährige Frau eines Zimmermanns, den Tod in den Fluthen zu suchen. Die Frau wurde als Leiche im Karl Heine-Kanal aufgefunden.

* Mylau i. S., 24. Juli. [Ueber den verheerenden Brand] liegt heute noch folgendes Nähere vor: Noch rauchen die Ruinen von den vergangenen Mittwoch zerstörten, in der Reichenbacher Straße gelegenen zwei Wohnhäusern nebst Hintergebäuden, da wurde heute Sonnabend vormittag 8 Uhr die hiesige Einwohnerschaft schon wieder durch Feuerlärm erschreckt, es brannte das in der Brückenstraße gelegene dem Schieferdecker Strobel gehörige massive Wohnhaus. Bald darauf wurden auch die drei hinter demselben gelegenen kleinen, aus Holzfachwerk gebauten und mit Schindeln gedeckten, sowie vier in der Schloßgasse gelegene, ebenfalls aus Holzfachwerk bestehende Wohnhäuser und dann das Restaurant „Gambrinus" in der Brückenstraße und schließlich noch zwei weitere Häuser von dem Feuer ergriffen und eingeäschert, so daß insgesammt 11 Wohnhäuser abgebrannt und hierdurch 27 Familien obdachlos geworden sind.

Meteorologische Station zu Halle.

	25. Juli (9 Uhr 12 Min. ab.)	26. Juli (7 Uhr 12 Min. mrg.)
Barometer Millimeter	75[illegible]	753,2
Thermometer Celsius	19,1	17,5
Rel. Feuchtigkeit	80 %	80 %
Wind	S 1	SW 1

Maximum der Temperatur am 25. Juli: 27,0° C.
Minimum in der Nacht vom 25. Juli zum 26. Juli 14,4° C.
Niederschläge am 26. Juli 7 Uhr morgens 2,2 mm.
Wasserwärme der Saale am 26. Juli, mitgetheilt vom Florabade: 17°.

Privatliche Meldung auf Grund der Wetterkarte und lokaler Beobachtungen:

Dienstag, den 27. Juli.

Ein Hochdruckgebiet über dem westlichen Deutschland dürfte und ein Tiefdruckgebiet westlich von Britannien lassen vermuthen, daß zwar vorübergehend Aufheiterung stattfinden, im übrigen aber der bisherige Witterungscharakter noch andauern werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18970726017/fragment/page=0003

Freyberg's Brauerei

empfiehlt in der heißen Jahreszeit als leichtes, erfrischendes Getränk

Hausbier à Flasche 6 Pfg.

Gr. Ulrichstrasse 40.
Leipziger Strasse 96.
Gr. Steinstrasse 42.
Alter Markt 18.

Frische gute Butter.

„Thuringia"

Gegründet 1853.

Versicherungsgesellschaft in Erfurt.

Grundkapital: **9 Millionen Mark**, Versicherungs-Bestand Anfang 1897: 100 Millionen Mark, Vermögensbestand Ende 1896: 46 Millionen Mark, zahlte an Entschädigungen seit Gründung: 124 Millionen Mk., gewährt: **Lebensversicherung** (Policen unanfechtbar, unverfallbar u. gebührenfrei, steig. Dividende, nach Wahl baar oder z. Erhöh. der Vers.-S.), Begräbnissgeld-, Aussteuer-, Alterversorgungs-, Wittwenpension- u. Rentenversicherung. Versich. einzelner Personen gegen **Unfälle aller Art** (mit und ohne Prämienrückgewähr), sowie gegen Reise-Unfälle allein, zu **günstigen** Bedingungen und billigen Prämien, **keinerlei Nachschussverbindlichkeit.** Kautionsdarlehne an Beamte. Zur Vermittelung von Abschlüssen empfiehlt sich, zu jeder gewünschten Auskunft gern bereit, die Generalagentur

Julius Becker, Bankgeschäft,
Martinsberg 9.

Schutz gegen Verlust in Folge Einbruchs-Diebstahls

gewährt die **Transatlantische** Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft, Hamburg.

General-Vertreter für Halle: **C. Luckow,** Hedwigstr. 5.
Agenten werden überall gegen hohe Bezüge angestellt.

Die Norddeutsche Grund-Credit-Bank in Weimar
hat mich mit Entgegennahme von Darlehnsanträgen mit oder ohne Amortisation beauftragt. **M. Dupuis,** Charlottenstraße 6, II.

Gedächtniß.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt in Nr. 254 vom 16. Juli 1897: „Ein scharfsinniges und, was noch mehr sagen will, als erfolgreich zu betrachtendes Verfahren, das Gedächtniß des modernen Menschen nachhaltig zu stärken und wieder auf die Höhe zu bringen, welche früheren Generationen einst beschieden war, wendet Herr Christof Ludwig Voehlmann in München auf Grund seines die Rezeptivität nachhaltig schulenden Systems an. Voehlmanns Gedächtnißlehre bedarf keiner Anlehnung an die seit früher bestehenden und größtentheils durch diese neue Erscheinung veralteten Methoden. Die Art und Weise, in der man beim Lernen bisher zu Werke ging und geht, erweist Voehlmann als unrichtig und dadurch als vorwiegend unnütze Qual gerade für die mit schlechtem Gedächtniß Behafteten . . . " Wer deshalb erfolgreich sein will, sei es im Studium oder auf einer kaufmännischen Laufbahn, oder in irgend einem anderen Berufe, muß vor Allem lernen, seine Aufmerksamkeit zu zügeln und sich Gedankenconcentration zur zweiten Natur zu machen. Aber dies ist leichter gesagt als gethan. Wir mögen Versuch um Versuch anstellen und doch immer wieder zu einem kläglichen Ende kommen, wenn uns die Wissenschaft nicht den richtigen Weg zeigt. Herr Voehlmann hat deshalb in seinen Lehrgang eigene Uebungen zur gründlichen Heilung von Zerstreutheit aufgenommen. . . . . Genug: Zeit ist Geld. Wer einmal die Stunden zusammenzählen würde, die er im Laufe des Jahres seiner Vergeßlichkeit zu opfern genöthigt war, wird finden, daß ihm diese Eigenschaft überaus theuer zu stehen kommt."

Prospekt (deutsch französisch, italienisch oder holländisch) mit zahlreichen Zeugnissen und Recensionen gratis von
L. Poehlmann, Finkenstraße 2, München B. 9.

Fröbelscher Kindergarten

Leipziger Str. 63. — Großer baumreicher Garten.
Anmeld. kl. Zöglinge stets willkommen. **Clara Witzig,** Vorst.

Die Verkaufsstelle der
Schuhfabrik und Reparaturwerkstatt
von
M. Seiler Söhne, Weissenfels
befindet sich jetzt
Gr. Ulrichstraße 32.

H. R. Heinicke
Chemnitz
Wilhelmplatz 7.
Fernsprecher 439.
Specialgeschäft für Fabrik-schornsteinbau und Dampfkessel-Einmauerungen.

Berichtet runde Schornsteine aus gelben witterbeständigen u. säurefesten Radial-Chamotesteinen. Führt Dampfkesseleinmauerungen durch hierin geübte Leute aus. Liefert rauchverzehrende Roste.
Illustrirter Prospect u. Anschläge kostenfrei.
Höchsten Schornstein der Erde von 140 m Höhe ausgeführt.

Pudding-Pulver

Marke „Komet"
ist das beste.
Gebrauchs-Anweisung auf jedem Packet.
In **5 Minuten** bereitet man mit
Pudding-Pulver Marke „Komet" schnell und sicher einen delikaten Pudding, ausreichend für 4—6 Personen.
Pudding-Pulver Marke „Komet" besitzt in Folge seines hohen Eigehaltes einen hervorragenden Nährwerth.
Pudding-Pulver Marke „Komet" verbindet mit leichter Bekömmlichkeit einen lieblichen und angenehmen Wohlgeschmack.
Pudding-Pulver Marke „Komet" ist mit Vanille-, Mandel-, Chocolade-, Mandarinen-, Citronen-, Erdbeer-, Himbeer-, Maraschino-, Nuß- und Rum-Geschmack vorräthig.
Pudding-Pulver Marke „Komet" ist in den meisten besseren Colonialwaaren- u. Drogengeschäften erhältlich.

Großer Erfolg.
Bohnen-schneide-maschine
für nur ℳ 1.20.
Gustav Rensch
Ausstattungs-Magazin für Haus und Küche.
Poststraße 9/10.

C. Hammer,
Uhrmacher, Leipz. Str. 42.
Taschenuhren (Nickel) von 5, 6, 8, 10 Mark.
Cylind.-Remontoir (Goldrand) von 10, 12, 14, 16 Mark,
Regulateure (14 Tage gehend) 12, 14, 16, 18 Mark.
Wecker von 2,50 Mark.
Neue Garantie.
Versandt gegen Nachnahme.

Carl Koch's
Nährzwieback
stärkt den Knochenbau, befördert die Körperzunahme und ist durch seinen hohen Nährwerth und Gehalt an Nährsalzen geeignet, das Kind vor den Folgen fehlerhafter Ernährung zu schützen.
In Düten und Packeten zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. in
Carl Koch's Nährzwieback-Fabrik,
Herrenstraße 1
und in den bekannten Verkaufsstellen.

Probiren Sie
KAPPUS-SEIFE
die allein ächte
Konkurrenz-Seife
überall erhältlich
Preis 25 Pfennig
Fabrikum
M. KAPPUS, Offenbach a. M.

Verschiedene hochfeine Geschäfts-Einrichtungen
bestehend aus Waarenschränken, Fachregalen, Kastenregalen, Ladentischen mit u. ohne Marmorplatte, Schaufenster-Einrichtungen, 1 großen Eisschrank u. v. m. verkauft billig
Friedrich Peileke,
Geiststraße 25.

Die rühmlichst bekannten
Schuhe u. Stiefeln
von
Otto Herz & Co.
befinden sich in Halle bei
C. Buchalla,
Gr. Steinstr. 11.

Verlangen Sie bitte überall:
Storch-Maccaroni
bestes und anerkannt vorzüglichstes Fabrikat.
Generalvertrieb an Wiederverkäufer.
Otto Mühlhausen, Leipzig, Dorotheenstr. 9.
Sächs.-Thür. Ausstellung Leipzig unter Nr. 957, Gruppe 9, Catalog Nr. 1669.

Zur Ernte.
Cocos-Seile, à Schock 60—65 Pfg., offeriren
Plaut & Sohn, Halle a. S.

Eigenbau. **Ahr-Rothweine.** Eigene Kelterung.
Mosel- fren naturrein Rheinweine
beziehen die bedeutendsten Consum- und Krankenanstalten von
Joseph Brogsitter & Co.
Weinbergbesitzer, **Ahrweiler** (Rheinland) Nr. 22.
Preislisten und Proben gratis und franco!

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18970726017/fragment/page=0004